

Mehr privates Engagement!

Deutschlands Universitäten zwischen Exzellenz(anspruch) und öffentlicher Finanznot

| ERICH BARKE | Die deutschen Universitäten sind immer noch gute Universitäten. Sie existieren heute aber unter schwierigen Bedingungen. Wie können sie finanziert werden, damit sie den selbst gestellten Exzellenzansprüchen gerecht werden können? Was können über die öffentliche Hand hinaus Wirtschaft und private Geldgeber dazu beitragen, die Lage zu verbessern?

Die alte Leier nervt, aber es ist nun einmal so: Deutschlands Universitäten sind verglichen mit ihren unmittelbaren Wettbewerbern unterfinanziert. Dies lässt sich anhand weniger Zahlen belegen. Betrachten wir die Leibniz Universität Hannover. Sie kann in vielerlei Hinsicht als repräsentativ für eine deutsche Universität angesehen werden. Als Mitglied der TU 9 gehört sie zu den führenden technisch orientierten Universitäten des Landes, es gibt besser, aber auch schlechter ausgestattete Hochschulen. Teilt man das Gesamtbudget durch die Anzahl der Studierenden, so stehen der Leibniz Universität (einschließlich Drittmitteln) pro Studierenden knapp 17 000 Euro als Budget zur Verfügung, die Betreuungsrelation beträgt ca. 70 Studierende pro Professor, insgesamt kommen ca. fünf Studierende auf einen Mitarbeiter. Das Budget ist – wie in Deutschland üblich – zu über 90 Prozent staatlich finanziert, denn auch der weitaus überwiegende Teil der so genannten Drittmittel stammt aus staatlichen Quellen.

Der internationale Vergleich

Vergleichen wir die Leibniz Universität mit einer staatlichen amerikanischen Universität ähnlicher Qualität – hier sei

die University of Texas at Austin als Beispiel herangezogen – fällt zunächst auf, dass dort das öffentlich finanzierte Budget lediglich ca. 50 Prozent des Gesamtbudgets beträgt. Der private Drittmittelanteil ist ähnlich hoch wie an der Leibniz Universität. Drastisch höher sind die Anteile aus Spenden (10 Prozent), z.B. von Alumnis, eigenen Einnahmen (immerhin sechs Prozent), z.B. aus der Bewirtschaftung des Universitätsvermögens und Studiengebühren (nicht weniger als 28 Prozent). Daraus ergibt sich schließlich ein Budget von immerhin knapp 30 000 Euro pro Student und eine Relation von 2,1 Studenten pro Mit-

»Das Budget pro Student hat wesentlichen Einfluss auf die Qualität von Forschung und Lehre.«

arbeiter; grob gerechnet ist die Universität in Austin also etwa doppelt so gut ausgestattet wie die Leibniz Universität, allerdings stammt „die zweite Hälfte“ aus privaten Quellen.

Die University of Texas in Austin ist eine sehr gute, aber keine besonders herausragende Universität. Vergleicht man die Kennzahlen der Leibniz Universität mit solchen Institutionen, die uns gern als Vorbild genannt werden, fällt der Vergleich noch wesentlich frustrierender aus. Die ETH in Zürich, leuchtendes Vorbild der technisch orientierten Universitäten in Europa, hat ein Budget von gut 70 000 Euro pro Student, also etwa viermal so viel wie die Leibniz

Universität, 1,7 Studenten „teilen“ sich dort einen Mitarbeiter. Noch drastischer fällt der Vergleich mit privaten erstklassigen amerikanischen Universitäten aus. Harvard hat ca. 125 000 Euro pro Student zur Verfügung, also gut siebenmal so viel wie die Leibniz Universität, das Verhältnis Studierende/Mitarbeiter ist interessanterweise ähnlich wie an der ETH und beträgt 1,75. Stanford und das MIT stehen noch besser da.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Budget pro Student wesentlichen Einfluss auf die Qualität von Forschung und Lehre besitzt. Wenn wir also die Leistung deutscher Hochschulen mit der ausländischer Konkurrenten vergleichbar gestalten wollen, müssen wir sie auch entsprechend ausstatten. Grob vereinfacht (am Beispiel Austins) heißt das, wir müssen ihre Budgets verdoppeln. Derzeit betragen die öffentlichen Ausgaben für Universitäten in Deutschland (ohne Medizin) ca. 16 Mrd. Euro, das ist übrigens nur wenig mehr als der Jahresertrag der Tabaksteuer.

Wir suchen also weitere 16 Mrd. Euro pro Jahr. Bei der Suche stoßen wir auf die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, die den deutschen Universitäten helfen soll, international konkurrenzfähig zu bleiben (und im Übrigen auch tatsächlich ein höchst lobenswertes Projekt darstellt). Ihr Volumen beträgt 4,6 Mrd. Euro, die sich allerdings auf zehn Jahre verteilen, pro Jahr sind das also leider „nur“ 460 Mio., nicht ganz das, was nötig wäre. 16 Mrd. wären allerdings auch nur ca. 0,7 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP), sie würden uns helfen, den Anteil der Bildungsausgaben am BIP von derzeit (2009) 5,2 Prozent endlich wenigstens

AUTOR

Erich Barke ist Professor für mikroelektronische Systeme und Präsident der Leibniz Universität Hannover.





Foto: mauritius-images

auf den OECD-Durchschnitt von 5,9 Prozent anzuheben.

Aber das ist Illusion. Trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse von Bildungspolitikern ist heute keine ernstzunehmende politische Partei bereit, Investitionen in Universitäten im beschriebenen Ausmaß vorzunehmen. Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten erscheinen nur begrenzt realisierbar und kreditfinanzierten Haushaltssteigerungen wird die beschlossene Schuldenbremse ein Ende setzen.

Das Kooperationsverbot aufheben

Vielleicht wäre ja doch das eine oder andere möglich, wenn es denn zum Thema Bildung in Deutschland eine einheitliche politische Meinung geben würde. Bildung ist aber Ländersache und so gibt es höchst unterschiedliche Strategien, je nach Landesregierung. Die Kassen der Länder – und das haben (fast) alle gemeinsam – sind aber besonders leer, und auch deshalb ist Hilfe von dieser Seite nicht zu erwarten. Sie könnte aus Berlin kommen, aber das sogenannte Kooperationsverbot (welch ein Wort!) verhindert weitgehend gute Taten für deutsche Universitäten. Also fördert unsere Bundesministerin was sie kann: Sie hilft beim Aufbau von Studienplätzen für die doppelten Abiturjahrgänge im Rahmen des Hochschulpakts und sie legt ein Programm zur Förde-

rung der Qualität in der Lehre auf, das ist – ebenso wie die Exzellenzinitiative – hilfreich und lobenswert, aber leider hilft das alles nur auf Zeit und verbessert die Grundausrüstung der Universitäten nicht. Anders sieht es in der außeruniversitären Forschung aus. Sie darf sich seit Jahren und auch weiterhin auf jährliche Zuwächse freuen. Im Gegensatz dazu freuen sich die universitären Forscher im Landesdienst schon, wenn sie Zukunftsverträge erhalten, die ihnen auf viele Jahre ein Nullwachstum versprechen. Immerhin bleiben sie zumindest von Kürzungen verschont.

»Die Kassen der Länder sind besonders leer, und Hilfe von dieser Seite ist nicht zu erwarten.«

Gerne würde Frau Schavan wohl auch Bundesuniversitäten fördern. Experimente wie das KIT oder die Charité weisen in diese Richtung. Wenn auch solche Einrichtungen aus Sicht der Begünstigten attraktiv erscheinen, ein brauchbares Mittel gegen die Unterfinanzierung aller deutschen Universitäten sind sie nicht.

Sicher wäre bei Aufhebung oder zumindest einer Lockerung des Kooperationsverbotes eine stärker differenzierte Hochschullandschaft möglich und wohl auch sinnvoll. Auch könnte die Erhö-

hung von Overheadpauschalen zur Entlastung des Grundbudgets der Hochschulen beitragen und eine zweckgebundene Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Option für mehr sein. Der Glaube allerdings, dass auf diese Weise die deutschen Universitäten bezüglich ihrer finanziellen Ausstattung konkurrenzfähig werden, fällt schwer.

Die amerikanische Alternative

Was also tun? Wir können weiter klagen, aber dadurch wird sich nichts Wesentliches ändern. Die einzige Alternative besteht darin, den amerikanischen

Weg zu gehen und dieser führt über privates Engagement. Hierfür gibt es zahlreiche Möglichkeiten, denn „privat“ meint hier alle nicht öffentlichen Finanziers. Beginnen wir mit

der Wirtschaft. Universitäten sind für die Wirtschaft nicht nur ein hochrangiger „Ausbildungsbetrieb“, sondern auch ein kompetenter F&E-Partner. Es wäre deshalb wichtig zu akzeptieren, dass die entsprechenden Verträge nicht nur kostendeckend sind, sondern der Universität einen sinnvollen Gewinn ermöglichen, der reinvestiert werden oder zum Aufbau eines eigenen Vermögens beitragen kann. Der Aufbau von Vermögen könnte, wenn man die dafür notwendigen Voraussetzungen schafft, eine attraktive Finanzierungsmöglichkeit für

die Universitäten sein. Das niedersächsische Stiftungsmodell ist hier sicher ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber noch nicht aus. Eine erweiterte finanzielle Autonomie, die den Aufbau von Vermögen zulässt, würde auch die – lästige – Diskussion über Rücklagen überflüssig machen. Eine weitere zentrale Einnahmequelle sind Spenden. Hier fehlt es in Deutschland sowohl an der entsprechenden Tradition als auch an steuerlichen Rahmenbedingungen – was übrigens auch für Forschungsaufträge aus der Wirtschaft gilt. Inzwischen gibt es einige Großspender in Deutschland, die Universitäten gefördert haben. Stellvertretend seien hier genannt die Familie Hector (Karlsruhe, 200 Mio. Euro), Herr Jacobs (Bremen, 200 Mio. Euro) und die Gebrüder Strüngmann (Frankfurt, 200 Mio. Euro). Es sind aber viel zu wenige.

Firmen und Privatpersonen vergeben inzwischen auch in wachsendem Umfang (sogenannte) Stiftungsprofessuren. Leider finanzieren sich diese in fast allen Fällen nicht aus den Erträgen eines gestifteten Kapitals, sondern aus Spenden, die eine Professur für fünf oder (in seltenen Fällen) für zehn Jahre finanzieren. Im Anschluss ist dann eine Verstetigung durch die Universität erforderlich. Hier liegt – bei aller Freude über die großzügige Spende – das Problem. Spenden sollen natürlich auch die Alumni einer Universität, so ist das in anderen Ländern üblich. In Deutschland gibt es dafür keine Tradition, und es wird Generationen dauern, um ein entsprechendes Bewusstsein in den Köpfen von Universitätsabsolventen zu etablieren.

Studiengebühren

Und? War da noch etwas? Ach ja, die (schwierige) Frage, ob denn Bildung für den, der sie empfängt, kostenlos sein muss oder nicht. In Deutschland ist sie übrigens nicht kostenlos. In vielen Bundesländern leisten die Eltern Beiträge zur Kinderbetreuung. Das Studium ist dagegen mittlerweile in 14 von 16 Bundesländern (wieder) kostenlos. Macht das Sinn, oder ist es nicht doch vernünftiger, am oberen und nicht am unteren Ende der Bildungsskala den eigenen Obolus einzufordern?

Und was heißt schon kostenlos? Kosten entstehen bei allen Trägern des Bildungssystems. Die Frage ist, welche die Solidargemeinschaft aus dem Steu-

eraufkommen finanziert und welche die Empfänger der Leistung bezahlen sollen. Kindergärten sollten allen Kindern offen stehen. Ihr Besuch sollte nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern abhängig sein. Ein Studium dagegen ist nach wie vor nur eine Option, die nur ein Teil der Bevölkerung in Anspruch nimmt und die zudem noch immer die Aussicht auf ein späteres höheres Einkommen beinhaltet. Warum also sollte ein Studium durch die Solidargemeinschaft finanziert werden? Sicher wäre auch dieses wünschenswert, aber bei einer Entscheidung, ob ein Kindergarten oder ein Studium solidarisch finanziert werden sollte, kann es nur eine Antwort geben. Übrigens: In München kostet ein Platz in der Kinderkrippe für die Eltern über 4 500 Euro pro Jahr, für einen Studienplatz bezahlt der Studierende nur etwa ein Drittel davon.

Wir kommen – wie in zahlreichen anderen Ländern dieser Welt – an Studiengebühren nicht vorbei. Über ihre Höhe kann man streiten, auch über die Frage, wer über ihre Höhe entscheidet, über ihre Notwendigkeit nicht. Sie können während des Studiums eingefordert werden oder nachgelagert, das macht keinen großen Unterschied. In Deutschland ist zu diesem Thema offenbar politisch keine einheitliche Linie möglich. Ob Studiengebühren erhoben werden, hängt davon ab, in welchem Bundesland man wohnt und welche politische Färbung die jeweilige Landesregierung hat. Derzeit gibt es sie noch in zwei Bundesländern (in Bayern und Niedersachsen) und es ist mehr als frag-

»Stipendiensysteme motivieren besonders die Leistungsfähigen.«

lich, ob man die anderen (wieder) von ihrer Notwendigkeit überzeugen kann. Schlimmer noch: Eine sachliche Diskussion findet gar nicht statt.

Die Universitäten brauchen aber Studiengebühren, um die Qualität der Lehre dauerhaft, insbesondere bezüglich der Betreuungsrelationen, verbessern zu können. Dieser Effekt ist in den Ländern, die Studiengebühren erheben, bereits heute sichtbar, obwohl bei 1 000 Euro Studiengebühren pro Jahr ihr Anteil am Gesamtbudget beispielsweise der Leibniz Universität nur bei fünf Pro-

zent liegt. Das ist sehr wenig im Vergleich zu einer amerikanischen Universität (Austin: 28 Prozent).

Stipendiensysteme

Aber: Die Erhebung von Studiengebühren setzt voraus, dass es begleitend umfangreiche Stipendiensysteme gibt. Sie motivieren die besonders Leistungsfähigen und sie erleichtern die Last für die besonders Bedürftigen. In allen Ländern mit Studiengebühren sind Stipen-

»Die Universitäten brauchen Studiengebühren, um die Qualität der Lehre dauerhaft verbessern zu können.«

diensysteme für beide Zielgruppen in ausreichendem Maße vorhanden, in Deutschland nicht. Wir haben nur wenige Stipendienggeber wie die Studienstiftung des deutschen Volkes (vorbildlich, fördert aber nur die Herausragenden), die Stiftungen der Kirchen und Parteien sowie einige andere. Nun gibt es seit kurzem das Deutschlandstipendium.

Das ist eine gute Idee, vor allem, wenn man davon ausgeht, dass entsprechend der ursprünglichen Planung acht Prozent aller Studierenden gefördert werden. Leider hat der Bund zunächst nur Mittel für 0,45 Prozent (!) der Studierenden bereit gestellt. An der Leibniz Universität können damit gerade mal 90 von 21 000 Studierenden ein Stipendium erhalten, das ist viel zu wenig. Auf der anderen Seite muss man auch daran denken, dass die Hälfte des Stipendienaufkommens von den Universitäten eingeworben werden muss. Bei einer Förderate von acht Prozent wären das für die Leibniz Universität ca. 3 Mio. Euro, die jedes Jahr für diesen Zweck von der Wirtschaft eingeworben werden müssten. Das ist – selbst in Ballungsräumen – kein Pappenstiel und wird Universitäten in eher wirtschaftsschwachen Regionen völlig überfordern, zumal weder die Politik noch die Wirtschaftsverbände in größerem Umfang bereit sind, beim Geldsammeln (z.B. in den Großkonzernen) zu helfen. So telefonieren (fast) alle Universitätsleitungen mit allen Firmen (zumindest den großen) und versuchen hier zwei und da vielleicht zehn Stipendien einzuwerben. Effizient ist das nicht. Dabei sollte doch die Wirtschaft großes Interesse an der Förderung geeigneter Studierender haben.

Gute Absolventen sind in Zeiten des Fachkräftemangels ein knappes Gut, und der Kontakt mit potenziellen Kandidaten über ein ganzes Jahr hinweg gibt sicher eine bessere Erfolgsprognose für einen zukünftigen Mitarbeiter als ein Bewerbungsgespräch oder auch ein Assessment Center. Und zudem ist ein einjähriges Deutschland-Stipendium in Höhe von 1 800 Euro (Wirtschaftsan-teil) wesentlich billiger als eine Suchanzeige in einer großen Tageszeitung.

Es liegt allerdings – bedauerlicherweise – in der Natur der Sache, dass sich die Firmen ausschließlich für die leistungsmäßig Besten interessieren werden, in die Förderung von Bedürftigen wird man nur in Ausnahmefällen – wenn Bedürftigkeit mit Spitzenleistung zusammentrifft – investieren wollen. Wir brauchen aber auch Stipendien für Bedürftige, zumindest sofern sie Mindestleistungskriterien erfüllen, denn nur so werden wir es schaffen, die Studierquote im Lande auf Werte zu bringen, wie sie in anderen Ländern längst üblich sind. Das BAföG sichert den Lebensunterhalt, Studiengebühren sind darin nicht vorgesehen. Warum also nicht ein Plädoyer für bedürftige Studie-

rende, gerichtet an solche, deren Privatvermögen es zulässt, etwas zu geben, insbesondere dann, wenn die Kinder die Ausbildung bereits hinter sich haben oder wenn die Kinderkrippen endlich aus Steuermitteln finanziert sind? Warum soll nicht auch mal eine Professorin oder ein Professor für einen Studierenden die Studiengebühren – oder je-

»Die öffentliche Hand alleine wird es nicht richten.«

denfalls einen Teil davon – übernehmen? Warum können wir nicht eine breite Bewegung initiieren, die für allgemeine Studiengebühren eintritt und gleichzeitig beweist, dass privates Engagement auch in Deutschland möglich ist. Wenn Professorinnen und Professoren voran gehen, werden viele folgen, davon darf man ausgehen.

Die deutschen Universitäten sind noch immer gute Universitäten. Sie streben nach Exzellenz, wo immer es ihnen möglich ist. Sie existieren aber heute unter schwierigen Bedingungen. Man sollte sie in ihrem Streben besser unterstützen. Die Klagen über schlech-

tes Abschneiden in weltweiten Rankings bewirken nichts. Die öffentliche Hand alleine wird es nicht richten. Gute Politik muss die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu gehört neben der Grundfinanzierung der Universitäten auch ein Steuersystem, das zu Spenden und zur Zusammenarbeit mit Universitäten anregt und beides fördert.

Die Wirtschaft muss erkennen, dass die Universitäten ihre Unterstützung brauchen: Sie sind ihr „Ausbildungsbetrieb“ aber auch ihr Partner und ganz sicher ihr Geld wert. Dann muss es nur noch gelingen, auch privates Engagement für die Bildung – und zwar am oberen Ende – auf den Weg zu bringen. Das beginnt bei den Stiftungen großer Mäzene und endet beim Micro-Fundraising bei Alumnis und einer Stadtgesellschaft, die erkennt, dass die Universität ein wichtiger Teil von ihr ist. Deutsche Universitäten sollen und wollen vieles: Exzellenz in Forschung und Lehre, aber auch engagierte und zufriedene Mitarbeiter und motivierte leistungsfähige Studierende. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen alle mithelfen, jedenfalls mehr als bisher.

Anzeige

AUSSCHREIBUNG



Stellen Sie sich dem Wettbewerb um den Deutschen Bildungsmedien-Preis!

Der digita gilt seit 1995 als herausragende Auszeichnung für digitale Bildungsmedien im deutschsprachigen Raum.

Er wird an Produkte vergeben, die das Lernen und Lehren in allen Bildungsbereichen beispielgebend unterstützen.

Die Kategorien „Berufliche Bildung und Studium“ und „Förderpreis“ bieten Entwicklern an hochschulischen Institutionen und Studenten beste Chancen.

Lassen Sie sich Ihre hervorragende Arbeit beurkunden und werben Sie mit dem digita-Gütesiegel für sich und Ihr Angebot.

Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Kultusministers Dr. Bernd Althusmann

2012 digita

Deutscher
Bildungsmedien
Preis

Teilnahmebedingungen und
Online-Anmeldung unter
www.digita.de

Einsendeschluss ist der
9. November 2011

Bei Fragen zur Teilnahme hilft Ihnen die Geschäftsstelle des digita im IBI - Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft an der TU Berlin gerne weiter:

digita@ibi.tu-berlin.de
+49 (0)30 399 02 400



Die Träger des digita



Die Förderer des digita



Deutsche Messe
Hannover · Germany



BILDUNGS MEDIEN E.V.